



Medienmitteilung

Zürich, 29. April 2021

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen den Erlass des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (KBüG) gemäss Vorlage des Regierungsrates ([5630](#)). Auslöser der Gesetzesrevision bildet die Überarbeitung der Rechtsgrundlagen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts auf Bundesebene (Bürgerrechtsgesetz, BÜG). Das BÜG harmonisiert und konkretisiert die Einbürgerungsvoraussetzungen in der Schweiz. Den Kantonen stehen somit keine umfassenden Rechtsetzungskompetenzen zu. In Ergänzung zur Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes regelt das KBüG den Erwerb und den Verlust des Kantonsbürger- und des Gemeindebürgerrechts von Schweizerinnen und Schweizern sowie von Ausländerinnen und Ausländern. Die Kommissionsmehrheit nimmt den Antrag des Regierungsrates grundsätzlich positiv auf. Kontrovers diskutiert wurden vor allem bestimmte Voraussetzungen für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern, wie Aufenthaltsdauer in Kanton und Gemeinde, massgeblicher Zeitraum bei der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen, Wartefrist für jugendliche Straftäterinnen und Straftäter, Niveau der Deutschkenntnisse. Umstritten waren auch gewisse Verfahrensfragen, wie Kostenvorschuss, Mitwirkungspflicht und zusätzliche Polizeiberichte bzw. -auskünfte, sowie die Höhe der Gebühren. Anträge dazu fanden in der Kommission aber keine Mehrheit. Die SVP-Kommmissionsminderheit lehnt das Gesetz wegen fehlender Verschärfungen gegenüber dem BÜG ab.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

STGK: Klimaschutz soll in der Kantonsverfassung verankert werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen Zustimmung zur geänderten parlamentarischen Initiative ([KR-Nr. 232/2018](#)) von CSP-Kantonsrat Beat Bloch betreffend «Klimaschutz: Schutzartikel in die Verfassung». Der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sollen neu ausdrücklich in der Kantonsverfassung verankert werden, da es sich dabei um wichtige langfristige Ziele des Kantons handelt. Wo immer Spielraum besteht, soll das Wirken des Kantons auf die Klimaziele ausgerichtet werden. Eine Kommissionsminderheit (FDP) verlangt in Ergänzung der geänderten parlamentarischen Initiative, dass Kanton und Gemeinden bei der Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen das Verursacherprinzip berücksichtigen sollen. Eine andere Kommissionsminderheit (SVP) erkennt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf und spricht sich gegen einen Klimaschutzartikel in der Verfassung aus.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

KJS: Verwaltungsgerichtsentscheide werden Regierungsrat nicht mehr zugestellt

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, ihrer eigenen parlamentarischen Initiative «Mitteilungen von



Verwaltungsgerichtsentscheiden» ([KR-Nr. 273/2018](#)) zuzustimmen. Entscheide des Verwaltungsgerichts werden dem Regierungsrat aktuell in jedem Fall – auch wenn der Regierungsrat keine Parteistellung im Verfahren hat – mitgeteilt. Dies geschieht in begründeter und nicht-anonymisierter Form, und zwar schon vor Eintritt der Rechtskraft. Die Staatskanzlei leitet die Entscheide jeweils an die in der Sache zuständige Direktion weiter und diese wiederum stellt die Entscheide dem in der Sache zuständigen Amt zu. Die parlamentarische Initiative verlangt zwecks Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes der Verfahrensbeteiligten die Aufhebung der entsprechenden Gesetzesbestimmung. Die Verwaltung erhält weiterhin Kenntnis der aktuellen Rechtsprechung, da das Verwaltungsgericht Entscheide, die für die Öffentlichkeit oder die Verwaltung von Interesse sind, online publiziert. Der Regierungsrat und das Verwaltungsgericht befürworten die parlamentarische Initiative.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

STGK: Anrechenbarkeit von Behördenämtern an Weiterbildungsangebote

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von FDP-Kantonsrat Beat Habegger betreffend «Miliz stärken: Anrechenbarkeit von Behördenämtern an Weiterbildungen» als erledigt abzuschreiben ([5656](#)). Zwar teilen die STGK und auch der Regierungsrat die Forderung nach stärkerer Anerkennung von Miliztätigkeit durch verbesserte Anrechenbarkeit an Weiterbildungslehrgänge der Hochschulen. Den Hochschulen kann die Umsetzung dieses Anliegens aufgrund ihrer Autonomie aber nicht vorgeschrieben werden. Allerdings zeigten sich die zum Postulat angehörten Hochschulvertretungen offen dafür, die Erfahrungen aus Miliztätigkeiten bei der Zulassung an Aus- und Weiterbildungen individuell anzurechnen.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

GPK: Fristerstreckung für Bericht über altersgerechtes Wohnen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates zu einem Postulat von SP-Kantonsrätin Theres Agosti Monn um ein Jahr bis zum 28. Oktober 2022 zu verlängern ([5690](#)). Der Regierungsrat wird mit dem Postulat aufgefordert, Massnahmen für eine stärkere Durchmischung verschiedener Altersgruppen in Wohngebieten und Siedlungen aufzuzeigen. Auch soll geprüft werden, wie die Nachbarschaftshilfe zwischen den Generationen gefördert und die Überalterung in gewissen Siedlungen reduziert werden kann. Aufgrund der Corona-Pandemie ergeben sich jedoch Verzögerungen, da unter anderem ein grosses Symposium mit Beteiligung von Fachleuten aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Immobilienwirtschaft geplant ist.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.